

# Unternehmer gegen Softwarepatentierung



## KONFERENZBERICHT

### Unternehmerkonferenz diskutiert Missstände im Patentwesen

Hamburg, 21.11.2007 - Auf Einladung der Unternehmerinitiative patentfrei.de und des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW) trafen sich Juristen und Vertreter von Unternehmen, Verbänden, gemeinnützigen Organisationen und Initiativen am 16. November zu einer eintägigen Konferenz in Hamburg. Ziel der Konferenz war es, ein aktuelles Bild von der Fehlentwicklung des europäischen Patentsystems zu vermitteln. Ferner wurden mögliche Maßnahmen gegen den zunehmenden Missbrauch des Patentsystems erörtert, der die Rechtssicherheit für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) mittlerweile bedrohlich untergräbt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Gefahrenpotential von Patenten im Software- und Automationsbereich.



Andreas Feike,  
BVMW-Geschäftsführer in  
der Metropolregion Hamburg

Nach der Begrüßung durch Dirk Hillbrecht von patentfrei.de Niedersachsen und Andreas Feike, Geschäftsführer des BVMW in der Metropolregion Hamburg, wurden aktuelle Patentstreitigkeiten vorgestellt. Besondere Aufmerksamkeit fand dabei das von der VistaPrint Limited mit Stammsitz Bermudas gewonnene Patentverletzungsverfahren gegen zwei deutsche mittelständische Unternehmen der Druckbranche. Grundlage der erhobenen Ansprüche ist ein Patent auf eine computergestützte Geschäftsmethode zur Übermittlung von Druckaufträgen über ein Netzwerk.

Der Jurist Felix von Courten von der Initiative patentschmutz.de erläuterte anhand des Urteils die weitreichenden Konsequenzen dieses Softwarepatents für die unterlegenen Parteien. Trotz laufenden Nichtigkeitsverfahrens wurde VistaPrint Anspruch auf Unterlassung, Offenlegung der Vertriebswege und Rechnungslegung, Vernichtung der Druckvorlagen und Schadensersatz gewährt. Von Courten betonte die inakzeptable Diskrepanz zwischen den Ansprüchen und Rechten der Softwarepatentinhaber auf der einen Seite und der Urheber der Lösungen der angegriffenen Unternehmen auf der anderen Seite, besonders angesichts der tatsächlich erbrachten Entwicklungsleistung: Der zweiseitigen allgemeinen Beschreibung der Patentschrift steht eine Entwicklungsumfang von zigtausend Zeilen Quelltext der eingesetzten Programme gegenüber.



Dr. Heiner Flocke

Dr. Heiner Flocke vom patentverein.de e.V. erläuterte die Missbrauchstendenzen und dagegen gerichtete Abwehrmaßnahmen im Bereich klassisch-ingenieurwissenschaftlicher Patente. Probleme verursachten neben Patenten mit mangelnder Erfindungshöhe insbesondere auch Patente, die nur die zweckentsprechende Anwendung bekannter Produkte schützen, wie z.B. ein Dimmer zur Lichtsteuerung im Backofen. Verklausulierte Verallgemeinerungen von Patentansprüchen erschwerten zudem die Patentrecherche. Flocke sieht den Missbrauch des Patentwesens als größte Gefahr für den innovativen Mittelstand. Als Gegenmaßnahme schlägt er wie der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums u.a. die Förderung des Einspruchswesens vor, z.B. durch die Übernahme der Einspruchskosten durch den Patentantragsteller im Falle stattgegebener Einsprüche. Ein Anreizsystem für das Auffinden von neuheitsschädlichen Vorveröffentlichungen könne die Teilnahme

# Unternehmer gegen Softwarepatentierung

am Einspruchsverfahren zudem attraktiv machen. Schließlich sollten Prüfer statt der Ablehnung die Erteilung eines Patentes begründen müssen, die ja schließlich die Rechte anderer einschränken.

Der Patentanwalt, Rechtsanwalt und Ökonom Dr. Jan Tönnies betonte, dass die Fehlentwicklung des Patentsystems nicht auf den Softwarebereich beschränkt sei. Allerdings zeige sie sich hier besonders deutlich. Besonders im Softwarebereich seien Patente nicht seriös recherchierbar und Rechtssicherheit für die Marktteilnehmer nicht gegeben. Das derzeitige Image von Patenten sei sehr problematisch: Patente gelten in der Öffentlichkeit allgemein als etwas vorbehaltlos Gutes, während Kritiker des Patentsystems diskreditiert würden. Eine Gegenbewegung fehle. Dabei seien Patente Monopole, die der Allgemeinheit Rechte entziehen. Die Gesellschaft habe ein berechtigtes Interesse daran, daß wenige Patente erteilt und unrechtmäßig erteilte Patente vernichtet würden.



Rasmus Keller

Die verfassungsrechtliche Problematik der Softwarepatentierung wurde im Vortrag des Rechtsanwaltes Rasmus Keller diskutiert. Es sei im Laufe der Jahre zu einem formalen Exzess der Rechtsprechung im Bereich der Softwarepatentierung gekommen, die die zulässige Grenze der Gesetzesauslegung überschreite. Diese Grenze sei nach höchstrichterlichen Urteilen der Wortsinn des Gesetzestextes. Der vom Grundgesetz garantierte Schutz des Eigentums würde unterlaufen, da Patente einen schweren Eingriff in die Verfügungsbefugnis der Autoren über das eigene urheberrechtlich geschützte Werk darstellten. Auch sieht Keller eine mit dem Grundgesetz unvereinbare Einschränkung der Berufsausübung gegeben. Eine verfassungsrechtliche Argumentation auf Grundlage der Artikel 12 und 14 des Grundgesetzes lasse sich so in jedem patentrechtlichen Verfahren um

Softwarepatente anführen. Nach Ausschöpfung des Rechtsweges öffne dies den Weg zur Verfassungsklage.

Dass schon Informatiker, die sich noch in der Ausbildung befinden, die Softwarepatentierung als unakzeptablen Eingriff in ihre berufliche Zukunft sehen, machte der Vortrag von Jan Kechel deutlich. Der Informatikstudent, der neben seinem Studium an der TU-Berlin freiberuflich als Programmierer tätig ist, investierte ein Semester, um gegen vier Patente Einspruch zu erheben, die er als Behinderung in seiner zukünftigen beruflichen Tätigkeit als selbständiger Softwareentwickler ansieht. Die Vorgänge sind detailliert dokumentiert auf der Internetseite [www.prevalent.de](http://www.prevalent.de).

Mit der Amtshaftung der Patentämter beschäftigte sich der Vortrag des Europarechtlers Hans-Hermann Heyland. Artikel 288 EGV regelt die Verantwortlichkeit der Europäischen Union für die durch ihre Organe und Bediensteten verursachten Schäden im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung.



André Rebentisch

Soweit die Aktivitäten des Europäischen Patentamts Gemeinschaftsrecht betreffen und von der Europäischen Union sanktioniert seien, unterlägen sie der gerichtlichen Kontrolle des Europäischen Gerichtshofes. Dementsprechend greife die bei diesem Gericht einforderbare Amtshaftung auch hier.

Als Vertreter der European Software Market Association (ESOMA) beschäftigt sich André Rebentisch mit der derzeit diskutierten Reform der Patentgerichtsbarkeit in Europa. Rebentisch bezweifelt mit Verweis auf verschiedene Bestimmungen im Vertrag von Nizza, dass der aktuelle Vorschlag der portugiesischen Ratspräsidentschaft zu Schaffung eines EU-Patentgerichts eine hinreichende Rechtsgrundlage hat. Problematisch sieht er die Rolle der vorgesehenen "technischen Richter" und eines „Expertenpools“, der aus

Patentjuristen besteht. Hier bestünde die Gefahr, dass die Rechtsprechung von einem Personenkreis dominiert würde, dessen Mitglieder das gemeinsame Vorverständnis besäßen, Software habe

# Unternehmer gegen Softwarepatentierung

patentierbar zu sein. Rebutisch befürchtet, dass ein zentralisiertes Gerichtssystem zudem grundsätzlich der Patentinflation Vorschub leisten würde und verweist auf die diesbezüglich schlechten Erfahrungen in den USA mit einer zentralen Berufungsinstanz: Der Bereich der patentierbaren Gegenstände wurde durch Fallrecht kontinuierlich ausgeweitet.

Der abschließende Teil der Konferenz widmete sich der Präsenz kleiner und mittelständischer Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranchen (IKT) bei politischen Entscheidungsträgern:



Dr. Michael Eggers

Der BVMW-Beauftragte Dr. Michael Eggers stellte das BVMW IKTnet vor. Fachliche Unterstützung werde heute als deutlich werthaltiger erachtet als das klassische Lobbyisten-Instrumentarium, so Eggers. Einzelne Unternehmen und kleinere Verbände würden in der Praxis allerdings viel zu selten Ihre Kompetenz und Positionen einbringen können. Der BVMW vermittele daher im Rahmen des BVMW IKTnet Kontakte insbesondere zwischen Ministerien und KMU. Zum einen könne der Bedarf der Ministerien an benötigten Fachleuten aus einem Pool von Experten aus Unternehmen und Partnerverbänden gedeckt werden. Dies helfe den Ministerien, nicht bedarfsgerecht gestaltete Projekte oder von der Zielgruppe nicht angenommene Förderungsprogramme zu vermeiden. Zum anderen bietet sich der BVMW als Netzwerkknoten an, um mittelständische Positionen zu den zuständigen politischen

Entscheidungsträgern zu leiten. Der Appell, am BVMW IKTnet mitzuwirken, wurde von den Konferenzteilnehmern mit großem Interesse aufgenommen.

Johannes Sommer, Hamburger Repräsentant von patentfrei.de, erläuterte in seinem Beitrag Aspekte, die bei der Aufklärung von Öffentlichkeit, Unternehmern und politischen



Johannes Sommer

Entscheidungsträgern bedeutsam sind. Wichtig sei insbesondere, konkrete Fallbeispiele für die schädlichen Konsequenzen der Fehlentwicklung des Patentwesens anführen zu können. Gerade im Softwarebereich gebe es Beispiele die belegen, dass die Bedrohung kleiner und mittelständischer Betriebe keine Fiktion, sondern Realität ist. Derartige Fälle blieben immer noch zu häufig im Verborgenen, da betroffene Unternehmen den öffentlichen Vorwurf der Patentverletzung scheuen. Dies verhindere allerdings ein gemeinsames Vorgehen von Unternehmen, die von der Durchsetzung fragwürdiger Patente betroffen sind. Die patentfrei-Initiative sammelt daher auch Informationen über Lizenzforderungen und Patentstreitfälle in den Bereichen IT, Software und Automation.

Die Teilnehmer werteten die Konferenz übereinstimmend als wichtige Grundlage für die gemeinsame zukünftige Aufklärungsarbeit. Mit den Vorhaben des zentralisierten europäischen Patentgerichtssystems und des Gemeinschaftspatents werden auf europäischer Ebene wesentliche Veränderungen am Patentsystem vorbereitet. Eine gute Vernetzung kleiner und mittelständischer Unternehmen und die gemeinsame entschlossene Interessensvertretung ist unabdingbar, damit dem Wirtschaftsraum Europa nicht durch ein ausuferndes Patentwesen unheilbarer Schaden entsteht. Die Unternehmerinitiative patentfrei.de sieht dieses Vorhaben durch die erfolgreiche Konferenz gestärkt.

# Unternehmer gegen Softwarepatentierung

## Über patentfrei.de / Unternehmer gegen Softwarepatentierung

Die Unternehmerinitiative patentfrei.de wurde 2004 gegründet, um Position gegen die hochumstrittene und letztlich vom EU-Parlament abgelehnte Softwarepatentrichtlinie zu beziehen. Im Sinne ihrer "Gemeinsamen Erklärung gegen Softwarepatentierung" bezieht patentfrei.de auch weiterhin Position für die Belange kleiner und mittelständischer Unternehmen, deren vorrangige Sorge nicht der Schutz durch Patente, sondern der Schutz vor Patenten im Softwarebereich ist.

Gemeinsam mit den Verbandspartnern repräsentiert patentfrei.de heute mehrere zehntausend kleine und mittelständische deutsche Unternehmen mit dem Schwerpunkt IT, Softwareentwicklung und Automation.

Offizielle Partner von patentfrei.de sind:



BVMW  
Bundesverband  
mittelständische  
Wirtschaft



Berufsverband  
Selbständige in  
der Informatik e.V.

> **patentverein.de** <

Industrie-Fachverband  
Motor, Sensor, Automation



Open Source  
Automation  
Development Lab



LIVE Linux-Verband e.V.



International Technical  
Channel Association



Kölner Internet Union



DZUG e.V.  
Deutschsprachige Zope  
User Group